

Neubäumer, Renate

Article — Digitized Version

Kein "Standortschock", sondern ein Transformationschock: Eine Erwiderung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Neubäumer, Renate (1997) : Kein "Standortschock", sondern ein Transformationschock: Eine Erwiderung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 12, pp. 714-718

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137568>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Renate Neubäumer

Kein „Standortschock“, sondern ein Transformationsschock – eine Erwiderung

In der wirtschaftspolitischen Diskussion hat die Auseinandersetzung um die Standortqualität Deutschlands „... das Problem Ostdeutschland nahezu vollständig verdrängt“¹. Diese Aussage von H.-H. Härtel kam mir beim Lesen der Erwiderung von M. H. Stierle² in den Sinn. Nur so konnte ich mir erklären, warum M. H. Stierle mein Ergebnis, daß „es keine Krise des Standorts West-Deutschland gibt“³, mit der Schlußfolgerung gleichsetzt, daß Gesamt-„Deutschland kein Standortproblem hat“⁴, und damit an meinem Aufsatz „vorbeikommentiert“.

Zudem ignoriert er kurzerhand den Strukturbruch durch die Wiedervereinigung: Bis 1990 verwendet er Indikatorwerte für Westdeutschland und geht 1991 „nahtlos“ zu den gleichen Indikatorwerten für Gesamtdeutschland über⁵. Führt man das konsequent durch, wie in Tabelle 1, so kommt man zu dem Ergebnis, daß in Deutschland 1991 ein „Standortschock“ stattgefunden hat:

- Das reale Bruttoinlandsprodukt je Kopf fiel in diesem Jahr um 10,4%, was in engem Zusammenhang mit dem starken Verfall der Produktivität (-11,7%) zu sehen ist.
- Die Staatsquote stieg mit einjährigem „time-lag“ um 4,5 Prozentpunkte, und damit war „das Ende der Fahnenstange“ noch nicht erreicht.
- Die Zahl der Arbeitslosen nahm innerhalb von nur drei Jahren um rund 1½ Mill. zu. Nimmt man die Arbeitslosenzahl, die sich ohne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergeben hätte, so hat sie sich alleine 1991 auf fast 5 Mill. verdoppelt und ist innerhalb der nächsten beiden Jahre um weitere 750 000 gestiegen.

Prof. Dr. habil. Renate Neubäumer, Hochschullehrerin an der Fachhochschule Worms, ist derzeit für die Wahrnehmung einer wissenschaftlichen Dozentur an der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main beurlaubt.

Als „Lichtblicke“ erwiesen sich nur:

- Das reale Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten sank 1991 um 9,6%; allerdings wurde ein großer Teil dieser „Standortverbesserung“ bereits im folgenden Jahr wieder zunichte gemacht.
- Die Investitionsquote machte nach der Wiedervereinigung einen Sprung um 2,1 Prozentpunkte nach oben. Im Zeitraum 1991 bis 1995 lag sie mit 22,3% immerhin um 2,4 Prozentpunkte über der Investitionsquote im vorangegangenen 5-Jahres-Abschnitt und um 1,9% über der von 1981 bis 1985.

In Wirklichkeit handelt es sich jedoch nicht um einen „Standortschock“, sondern um einen „Transformationsschock“ als Folge des Zusammenschlusses zweier Wirtschaftsräume, die sich nicht nur hinsichtlich des Wirtschaftssystems und der institutionellen Rahmenbedingungen, sondern auch hinsichtlich ihrer Einbindung in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung grundlegend unterschieden haben. Deshalb muß wirtschaftspolitischen Empfehlungen eine genaue Ursachenanalyse vorausgehen, die eben nicht die hohen Belastungen der westdeutschen Wirtschaft einfach aus der Betrachtung ausschließt und die auch Anpassungsfortschritten und noch zu lösenden Anpassungsproblemen in den neuen Bundesländern Rechnung trägt. Sehr allgemein gehaltene Aussagen, wie das Ergebnis von M. H. Stierle, daß „es die gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (ist), für eine Verbesserung der deutschen

¹ H.-H. Härtel: Ostdeutschland: Abschied von Illusionen, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 76. Jg. (1996), S. 218-219, hier S. 219.

² M. H. Stierle: Deutschland hat ein Standortproblem, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 12, S. 709 ff.

³ R. Neubäumer: Hat Westdeutschland ein Standortproblem?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 7, S. 413.

⁴ M. H. Stierle, a.a.O., S. 709.

⁵ Vgl. ebenda, Abbildungen 1 und 2 sowie die Arbeitslosenzahlen auf S. 713.

Tabelle 1
Standortindikatoren vor und nach der Wiedervereinigung
 (Westdeutschland und Gesamtdeutschland)

	1990 Westdeutschland	1991	1992	1993 Gesamtdeutschland	1994	1995
BIP je Kopf						
– real in DM	39840	35682	36181	35514	36428	37018
– real, Wachstumsrate in % ^a	3,7	-10,4	1,4	-1,8	2,6	1,6
– nominal, Wachstumsrate in %	7,0	-7,0	7,0	1,9	4,8	3,8
Staatsquote ^a	46,1	45,1	49,6	50,6	50,1	57,4 ^a
Investitionsquote ^b	20,9	23,0	23,1	21,8	22,0	21,7
						22,3 ^c
Einkommen je Beschäftigten ^c						
Wachstumsrate in %	1,9	-9,6	4,9	0,6	1,2	1,4
Arbeitsproduktivität Wachstumsrate in %	2,7	-11,7	4,1	0,6	3,6	2,3
Lohnstückkosten, real ^d						
Wachstumsrate in %	-0,7	2,3	0,8	-0,1	-2,2	-0,8
Offene Arbeitslosigkeit* (Tsd.)	1883	2602	2978	3419	3698	3612
– verdeckte Arbeitslosigkeit ^e West (Tsd.)	600	560	620	760	630	630
– verdeckte Arbeitslosigkeit ^e Ost (Tsd.)		1800	1820	1540	1220	970
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit (Tsd.)	2483	4962	5418	5719	5548	5212

^a Staatsausgaben in % des BIP; ^b Anlageinvestitionen in % des BIP; ^c Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten zu konstanten Preisen (bereinigt mit dem Preisindex des BIP); ^d BIP zu konstanten Preisen je Erwerbstätigen; ^e Bruttoeinkommen je Beschäftigten: BIP je Erwerbstätigen (jeweils zu konstanten Preisen); ^f Registrierte Arbeitslose; ^g ABM + Kurzarbeit (Arbeitslosenäquivalent) + Vollzeit-FuU + Vorruhestand und ähnliches; ^h Einmaliger Effekt durch die Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und eines Teils der Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft; ⁱ Durchschnitt der Jahre 1991-1995.

Quellen: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1996/97; Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit.

Position im internationalen Standortwettbewerb zu sorgen⁶, reichen nicht aus.

Bewertung anhand des Pro-Kopf-Einkommens?

M. H. Stierle schlägt vor, „die Bewertung des Standortes anhand eines internationalen Vergleichs der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen (in US-\$) vorzunehmen, da dies, trotz zahlreicher Probleme, das derzeit beste zur Verfügung stehende Maß für die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist“⁷, und „untermauert“ diese Auffassung mit einer Tabelle der Pro-Kopf-Einkommen in ausgewählten Ländern⁸.

Zunächst sollte die Schlußfolgerung, die diese Tabelle nahelegt, den Leser skeptisch machen: Luxemburg weist im internationalen Vergleich die höchste Standortqualität auf. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 41200 US-\$ liegt es – gefolgt von der Schweiz (40600 US-\$) – deutlich vor Deutschland (27500 US-\$) und den Vereinigten Staaten (27000 US-\$). Hier ist zu fragen, ob Luxemburg nicht vor allem für Finanzinvestitionen (auch aus steuerlichen Gründen) attraktiv ist und weniger für Sachinvestitionen und damit als

Wirtschaftsstandort. Auch die Aussage, daß „es nur eine Frage der Zeit (scheint), bis Hongkong und Singapur höhere Pro-Kopf-Einkommen erzielen als Deutschland“⁹ bringt wenig für eine sachbezogene Analyse. Es handelt sich um zwei Stadtstaaten mit nur 5,9 Mill. bzw. 2,7 Mill. Einwohnern, die als Handels- und Finanzzentren zweier asiatischer Wirtschaftsräume gerade keine „typischen“ Wirtschaftsstandorte sein dürften.

Zudem ist der von M. H. Stierle vorgenommene „internationale Vergleich der Entwicklung des BSP pro Kopf“¹⁰ ungeeignet, um die Veränderung der deutschen Position im internationalen Standortwettbewerb zu beurteilen, weil der Wert des Indikators in den verschiedenen Jahren zu einem wesentlichen Teil von der Stärke bzw. der Schwäche der D-Mark abhängt. Das verdeutlichen die Zahlen in Tabelle 2: Legt man das mit US-\$ bewertete Pro-Kopf-Einkommen zugrunde, so war zwischen 1989 und 1995 ein beachtlicher Anstieg von 55,1%, d.h. 7,6% pro Jahr, zu verzeichnen, der die Schlußfolgerung nahelegt, daß sich

⁶ Vgl. ebenda, Tabelle 2.

⁸ Ebenda, S. 713 (eigene Hervorhebung).

¹⁰ Ebenda, S. 713. M. H. Stierle verwendet neben dem BIP pro Kopf auch das BSP pro Kopf.

⁹ Ebenda, a.a.O., S. 713.

⁷ Ebenda, S. 712. Eigene Ergänzung des Zitats in Klammern.

Tabelle 2
Zur Entwicklung von Standortindikatoren

(in D-Mark und US-\$)

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1995 im Vergleich zu	
	Westdeutschland		Gesamtdeutschland					1989	1990
BIP je Kopf									
- real in DM, absolut	38413	39840	35682	36181	35514	36428	37018	-	-
- real in DM, Wachstumsrate in %		3,7	-10,4	1,4	-1,8	2,6	1,6	-3,6	-7,1
- nominal in DM, Wachstumsrate in %		7,0	-7,0	7,0	1,9	4,8	3,8	18,1	10,4
- nominal in US-\$, Wachstumsrate in %		24,6	-9,5	13,9	-3,9	6,9	17,5	55,1	24,5
Lohnstückkosten*									
- real in DM ^a , absolut	0,611	0,607	0,621	0,626	0,625	0,611	0,606	-	-
- real in DM, Wachstumsrate in %		-0,7	2,3	0,8	-0,1	-2,2	-0,8	-0,8	-0,1
- nominal in DM ^a , Wachstumsrate in %		2,5	6,3	6,3	3,8	-0,1	1,3	21,6	18,7
- nominal in US-\$, Wachstumsrate in %		19,3	3,4	13,2	-2,1	1,9	14,7	59,7	33,9
Wechselkurs									
- US-\$ in DM	1,88	1,62	1,66	1,56	1,65	1,62	1,43	-23,8	-11,3
- DM in US-\$	0,53	0,62	0,60	0,64	0,60	0,62	0,70	31,3	12,8

* Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten: BIP je Erwerbstätigen (zu konstanten Preisen); ^b Berechnet mit dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu konstanten Preisen (Bereinigung mit dem Preisindex des BIP); ^c Berechnet mit dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu laufenden Preisen.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Jahresgutachten 1996/97.

trotz Wiedervereinigung die Standortqualität Deutschlands deutlich verbessert hat¹¹. Allerdings führt die Tatsache, daß fast zwei Drittel des Anstiegs auf die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-\$ zurückzuführen sind, schnell zu „Ernüchterung“.

Entsprechend überrascht nicht, daß sich – spiegelbildlich – ein anderer von M. H. Stierle vorgeschlagener Indikator der Standortqualität, die in US-\$ gemessenen Lohnstückkosten, stark verschlechtert hat (+59,7%) (Tabelle 2). Schon heute läßt sich unschwer für 1997 die umgekehrte Entwicklung prognostizieren: Das Pro-Kopf-Einkommen in US-\$ wird „dramatisch“ sinken, und die Lohnstückkosten in US-\$ werden eine deutliche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands signalisieren. Vor diesem Hintergrund wird M. H. Stierle sicher verstehen, warum es sich beim Vergleich der Entwicklung der Lohnstückkosten in nationaler Währung nicht um einen „unzulässigen“, sondern um einen sinnvollen Vergleich handelt, so daß es nicht erstaunlich ist, daß dieser Vergleich in der Literatur oft zu finden ist¹².

Schließlich bemerkt M. H. Stierle noch: „Der Autorin ist voll zuzustimmen, die Bewertung des Standorts anhand eines internationalen Vergleichs der durch-

schnittlichen Pro-Kopf-Einkommen vorzunehmen“¹³. Leider kann ich nicht erkennen, worauf sich diese Zustimmung bezieht, denn in meinem Artikel ist nur zu lesen: „Die Folge (der Wiedervereinigung) war ein deutlich eingeschränkter Verteilungsspielraum in der (alten) Bundesrepublik, der sich an der Entwicklung des realen Pro-Kopf-Einkommens ablesen läßt, das für Gesamtdeutschland 1995 immer noch um 3 1/2% unter dem Wert für Westdeutschland im Jahre 1989 lag.“¹⁴

Arbeitsmarktentwicklung

M. H. Stierles Ausführungen führen zu dem Ergebnis, daß eine der Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit durch „überhöhte Löhne und Lohnnebenkosten“ hervorgerufene Entlassungen sind, die gleichzeitig zu einer höheren Produktivität führen: „Knappheitswidrige Arbeitskosten zwingen Unternehmen zur Rationalisierung, d.h. zu Entlassungen ... Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist folglich mit in die Analyse einzubeziehen.“¹⁵ Allerdings sollte eine solche Analyse getrennt für Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot erfolgen und nicht – wie bei M. H. Stierle – auf die Arbeitslosigkeit beschränkt bleiben; zudem ist zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu differenzieren.

¹¹ Für den Zeitraum 1990 bis 1995 hätte sich kein so „spektakuläres“ Resultat ergeben. Dafür wäre das Pro-Kopf-Einkommen 1990 gegenüber 1989 um 24,6% gestiegen.

¹² M. H. Stierle, a.a.O., schreibt auf S. 710: „Die Autorin bedient sich dabei allerdings eines unzulässigen Vergleichs, der in der Literatur erstaunlicherweise oft zu finden ist.“

¹³ Ebenda, S. 712.

¹⁴ R. Neubäumer, a.a.O., S. 414.

¹⁵ M. H. Stierle, a.a.O., S. 710. Rationalisierung kann allerdings nicht mit Entlassungen gleichgesetzt werden, weil sie gleichermaßen für eine höhere Produktion genutzt werden kann.

Für Westdeutschland ergibt sich¹⁶:

Dem Abbau von Arbeitsplätzen stand die Schaffung von mehr neuen Arbeitsplätzen gegenüber, so daß die Zahl der Beschäftigten in den achtziger Jahren um 850 000 gestiegen ist und zwischen 1989 und 1995 noch einmal um 270 000 zugenommen hat.

Das Arbeitsangebot ist aufgrund der wanderungsbedingten Zunahme der Bevölkerung, der demographischen Entwicklung sowie aufgrund von Verhaltensänderungen weit stärker gestiegen: Es hat sich in der letzten Dekade um 1,85 Mill. und zwischen 1989 und 1995 um weitere 0,9 Mill. ausgeweitet.

Entsprechend hat die Arbeitslosigkeit in den achtziger Jahren um rund 1 Mill. und danach nochmals um 0,63 Mill. zugenommen.

Dabei dürften nicht vor allem die Kosten der Arbeit maßgeblich für entlassungsbedingte Produktivitätssteigerungen gewesen sein, denn

das reale Bruttoeinkommen je Beschäftigten ist zwischen 1980 und 1989 um 9,3% und von 1989 bis 1995 um 5,2% gestiegen und hat damit deutlich weniger zugenommen als das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mit 17,2% bzw. 6,2%;

die Kapitalrendite ist von 5,0% zu Beginn der achtziger Jahre über 8,5% (1989) auf 9,6% während des

¹⁶ Die Analyse erfolgt hier für die beiden in meinem Aufsatz betrachteten Zeiträume, die achtziger Jahre und die sechs Jahre nach der Wiedervereinigung.

¹⁷ Kapitalrendite nach der vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berechneten Gewinn-Erlös-Relation. Sie lag damit in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mit einem durchschnittlichen Wert von 8,6% deutlich über der der achtziger Jahre (5,8%) und der der siebziger Jahre (6,8%).

¹⁸ Streng genommen müßte man von der Relation aus Kapitalrendite und Lohn sprechen.

Wiedervereinigungsbooms gestiegen. Von diesem relativ hohen Niveau aus ging sie zwischenzeitlich auf 7,0% zurück und überstieg 1995 wieder den Wert von 1989¹⁷.

Insgesamt läßt sich die hohe Arbeitslosigkeit in Westdeutschland somit vor allem darauf zurückführen, daß es trotz des Anstiegs der Zins-Lohn-Relation¹⁸ nicht gelungen ist, ausreichend viele neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Problem tritt – wie O. Blanchard zeigt – in ähnlicher Weise in anderen kontinentaleuropäischen Staaten auf: „Much of the increase in the ratio of profits to wages – and by implication the increase in profit shares – in Continental Europe over the last 15 years does not reflect corresponding movements in relative factor quantities.“¹⁹

Dagegen konnten in Ostdeutschland – das in meinem Aufsatz allerdings nicht zur Diskussion stand – viele Unternehmen ihre Produktivität nur dadurch erhöhen, daß sie in hohem Maße Entlassungen vornahmen. Dies läßt sich daran ablesen, daß die Zahl der Erwerbstätigen in den ersten vier Jahren nach der Wiedervereinigung um etwa 3 Mill. zurückging. Dabei dürfte in den ersten 1½ Jahren die Lohnhöhe nahezu keine Rolle gespielt haben²⁰, sondern vielmehr

der Abbau der hohen verdeckten Arbeitslosigkeit, die selbst ohne Einführung westlicher Produktions- und Absatzbedingungen auf 1,4 Mill. geschätzt wurde, d.h., die Unternehmen hatten bereits vor der Wiedervereinigung nicht über ausreichend viele rentable Arbeitsplätze verfügt;

¹⁹ O. Blanchard: The Medium Term, vorläufiges Papier, präsentiert bei einer NBER-Konferenz in Boston vom 28.7. bis 1. 8. 1997, S. 4.

²⁰ Im Frühjahr 1990 betragen die durchschnittlichen Bruttoverdienste ostdeutscher Arbeitnehmer 1150 Mark der DDR und erreichten damit rund 30% des Einkommensniveaus in der alten Bundesrepublik. Ein Jahr später lagen die Arbeitsentgelte um 65% höher und erreichten damit noch nicht ganz die Hälfte des westdeutschen Lohnniveaus.

Dirk Berendes

Nachträgliche Auflagen im Atomrecht

Eine Untersuchung insbesondere zur Frage der Genehmigungsbedürftigkeit der vom Betreiber zur Erfüllung nachträglicher Auflagen beabsichtigten Maßnahmen

1997, 217 S., brosch., 79,- DM, 577,- öS, 72,- sFr, ISBN 3-7890-4614-0
(Nomos Universitätsschriften – Recht, Bd. 234)

 **NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden**

□ der Wegfall von Arbeitsplätzen durch die Wiedervereinigung, weil Produktionsanlagen nicht mehr genutzt werden konnten (Nichtvereinbarkeit mit strengen westdeutschen Umwelt- und Arbeitsschutzauflagen, technische Veralterung) und die Produkte sehr vieler Unternehmen nicht mehr oder nur in weit geringerem Maße nachgefragt wurden.

Erst später zwangen aus ökonomischer Sicht zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten die Unternehmen, weitere Entlassungen vorzunehmen oder ganz aus dem Markt auszuschneiden.

Diese unterschiedlichen Ergebnisse für die alten und die neuen Bundesländer machen deutlich, daß es für an den Ursachen ansetzende wirtschaftspolitische Empfehlungen wenig erfolgversprechend ist, die Entwicklung an den beiden (Teil-)Arbeitsmärkten „in einen Topf zu werfen“, wie M. H. Stierle dies tut.

Schließlich ist mir unverständlich, wie M. H. Stierle zu der folgenden Behauptung kommt: „Dergestalt ist Neubäumers Anmerkung, der 'Preis' für das Beschäftigungswunder der USA seien die geringen Lohnabschlüsse, sicherlich richtig. Dies kann angesichts der Tatsache, daß das derzeit in der deutschen Volkswirtschaft drängendste Problem die Massenarbeitslosigkeit darstellt, als Forderung nach einer zurückhaltenden Lohnpolitik verstanden werden, die auch eine stärkere Spreizung der Lohnstruktur zuläßt.“²¹ Sie hat mit meiner Aussage nur wenig gemeinsam: „Dort (in den Vereinigten Staaten) war der 'Preis' für die starke Beschäftigungsausweitung, daß neben hochbezahlten auch wenig produktive und schlechtbezahlte Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich geschaffen wurden.“²² Zudem kann ich nicht nachvollziehen, warum M. H. Stierle in der zugehörigen Fußnote extra noch einmal herausstellt, daß „gegenüber einer lange mehrheitlich vertretenen Ansicht in den USA nicht nur 'schlechte' Arbeitsplätze geschaffen wurden“.

Abschließende Bemerkungen

Da sowohl in meinem Aufsatz als auch in der Erwiderung von M. H. Stierle dazu deutlich geworden ist, daß die Standortdebatte nicht losgelöst von Verteilungsfragen geführt werden kann und sollte, möchte ich nur noch zwei Anmerkungen zu dieser Thematik machen:

□ Ich stimme M. H. Stierle zu, daß „auf distributive Fragen ... kaum abschließende Antworten zu finden

(sind)“²³. Mir geht es darum, auf die Entwicklung der Einkommensverteilung und auf die Einschränkung des Verteilungsspielraums durch die Wirtschafts- und Währungsunion aufmerksam zu machen und zudem die Vielschichtigkeit der Verteilungsproblematik zu verdeutlichen.

□ Gerade unter dem Aspekt der längerfristigen Entwicklung der Standortqualität finde ich den Hinweis von M. H. Stierle wichtig, daß „zwischen Verteilungs- und Wachstumsziel nicht zwangsläufig ein Trade-off bestehen muß“²⁴. So betonen Fehn/Thode in ihrem von M. H. Stierle zitierten Aufsatz, daß eine bis zu einem gewissen Grade gleichmäßigere Einkommensverteilung²⁵ zu höherem Wirtschaftswachstum führt, weil sich dadurch hohe Kriminalitätskosten (Vermögensschäden, zusätzliche Polizisten und private Wachdienste) vermeiden lassen und sich – das halte ich für wichtiger – die Chancen für eine gute Bildung und Ausbildung breiter Bevölkerungskreise verbessern würden. Allerdings würde in diesem von M. H. Stierle ins Spiel gebrachten Fall nicht – wie er fälschlicherweise schlußfolgert – eine Verringerung der staatlichen Umverteilungsmaßnahmen Wachstumsimpulse auslösen²⁶, sondern umgekehrt eine stärkere Umverteilung zu einem höheren Wachstum führen.

Insgesamt können M. H. Stierles Ausführungen an dem Ergebnis nichts ändern, „daß es *keine Krise des Standorts Westdeutschland* gibt. 'Der internationale Vergleich deutet darauf hin, daß die westdeutsche Wirtschaft den Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte besser bewältigt hat als viele andere Länder'“²⁷. Dies gilt besonders, wenn man die hohen Finanztransfers im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion als Beitrag zum Aufbau in den neuen Ländern wertet, der ohne hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht möglich gewesen wäre.

Trotz vieler Anpassungserfolge besteht in Ostdeutschland noch ein enormer Aufholbedarf, der vor dem Hintergrund der hohen wirtschaftlichen Dynamik in anderen Industrieländern geleistet werden muß. Nur wenn es gelingt, diese Herausforderung zu meistern, läßt sich in der Zukunft eine Krise des Standorts Gesamtdeutschland vermeiden.

²¹ M. H. Stierle, a.a.O., S. 711.

²² R. Neubäumer, a.a.O., S. 410.

²³ M. H. Stierle, a.a.O., S. 713.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Bei einer „zu gleichmäßigen“ Einkommensverteilung befürchten die Autoren negative Anreize und damit Effizienzverluste.

²⁶ Vgl. M. H. Stierle, a.a.O., S. 713.

²⁷ R. Neubäumer, a.a.O., S. 413; nachträgliche Hervorhebung.